

Bezugspreis: Vom 4.-10. November 42 Milliarden Mark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 4.-10. November für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Ungarn 52 Milliarden, für das übrige Ausland 62 Milliarden. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Sonnenschein“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Benachrichtigung 6,70 Goldmark, Reklameweile 5,50 Goldmark. „Reine Wapen“ des festgedruckten Wortes 0,30 Goldmark (gültig für zwei festgedruckte Worte). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengedruckte das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Serie über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten je Zeile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Postgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 8. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Volkscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diktonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Nationalistensturm gegen Stresemann

Heinze und Scholz als Kanzlerkandidaten.

Seit die große Koalition zerfallen ist, hat ein brünstiges Strohessen der Deutschen Volkspartei um deutsche nationale Freundeshilfe begonnen. Stresemann hat sogar den Führer der Deutschnationalen, Hergt, zu sich gebeten und mit ihm über den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung gesprochen. Angeblich um irrtümlichen Gerüchten über den Inhalt dieser Unterredung entgegenzutreten, verbreitet die deutschnationale Pressestelle folgende Darstellung:

Der Abgeordnete Hergt hatte mit Herrn Dr. Stresemann eine persönliche Unterredung, die nur informativem Charakter hatte und streng vertraulich ist. Abgeordneter Hergt hatte dabei Gelegenheit, das bereits seit längerer Zeit vollständig fertiggestellte Programm der Deutschnationalen Volkspartei für die Bildung einer neuen Regierung darzulegen. Dieses Programm hat auch bereits das Einverständnis weitest Kreise der Wirtschaft und der nationalen Bewegung gefunden, so daß die neu zu bildende „Regierung des Vertrauens“ mit Recht diesen Namen tragen würde. Offiziell ist von keiner Seite an die Deutschnationale Volkspartei herangetreten worden. Die Pressemitteilungen, die geeignet sind, den wahren Sachverhalt zu entstellen und den Eindruck zu erwecken, als ob die Deutschnationale Volkspartei sich versagt hätte, sind demnach irreführend und unrichtig.

Für die Brautwerbung aus dem volksparteilichen Lager bedeutet diese Erklärung eine handfeste Absage. Sie tröstet sich allerdings damit, daß auch in der Brust der Deutschnationalen zwei Seelen wohnen, von denen die eine mit Hergt und Heiserich gern eine Regierung des Bürgerblocks bilden und den erstrebten Putsch legalisieren möchte, während die andere mit Bestarp und Schulz-Bromberg gegen jede parlamentarische Regierung wettert und nur die außerparlamentarische Diktatur erstrebt. Der letztere Teil der Deutschnationalen wird besonders eifrig vertreten von der halbdeutschen „Deutschen Zeitung“, die mit wachsendem erhobenen Finger den Deutschnationalen ins Gewissen redet, unter keinen Umständen in die gegenwärtige Regierung einzutreten, zumindest nicht, ohne daß auch eine Umformung des Preußentabinetts und der Eintritt einer beträchtlichen Zahl von deutschnationalen Ministern in dieses erreicht werde.

Die anderen weichen sich ja nur deshalb an die Deutschnationalen, weil sie mit ihrem Vatein völlig zu Ende sind, weil sie das Reich zum Chaos verwickelt haben und weil sie hoffen, daß die bisher noch verhältnismäßig unvertrauten Männer der deutschnationalen Fraktion gerade durch das Winkeln aller überigen Regierungsexponenten im öffentlichen Kurse steigen. Eben deshalb aber dürfen die Deutschnationalen sich nicht vorzeitig einfangen lassen.

Als wesentliche Bedingung wird gefordert, daß Stresemann zurücktritt, das Kabinett einem Deutschnationalen als Kanzler unterstellt werde und daß schließlich auch der Reichspräsident Ebert in der Versenkung verschwinde.

Da die Unterredung zwischen Hergt und Stresemann streng vertraulich gewesen sein soll, so wird man auch nicht eine amtliche Bestätigung darüber erhalten können, ob die Gerüchte der Wirklichkeit nahekommen, die davon sprechen, daß Hergt dem bisherigen Reichskanzler ganz offen erklärt habe, die Reichswehr fordere eine deutschnationale Regierung und wenn Stresemann nicht bald zurücktrete, so würde er wahrscheinlich von der Reichswehr aus dem Kanzlerpalais vertrieben werden. Diese im Reichstage kursierenden Gerüchte entsprechen sicher den Gesinnungen innerhalb der Hergtpartei, daß sie aber auch den Auffassungen der Führer der Reichswehr entsprechen, möchten wir immer noch als nicht zweifelhaft erwiesen betrachten.

Die Schwierigkeiten des Rumpfkabinetts werden aber von Tag zu Tag größer. Wo die Deutschnationalen um die Futtertruppe streiten, darf selbstverständlich der Reichslandfriede nicht fehlen. Auch er hat seinen auf seiner Vertreterversammlung wiederholt ausgesprochen, daß die Regierung Stresemann nicht das Vertrauen des Nährlandes besitze und daß nur eine Regierung ihm genehm sei, die sich bemüht auf die Kräfte der nationalen Bewegung und der bodenständigen Landwirtschaft stützt.

Nun hat man in den letzten Tagen davon gesprochen, daß Stresemann veruche, die Bayerische Volkspartei zur Beteiligung an seinem Kabinett zu bewegen. Aber prompt kommt aus Bayern der Wasserstrahl: Der Arbeitsausschuß des Landesvorstandes der Bayerischen Volkspartei hat den einmütigen Beschluß gefaßt, die Reichstagsfraktion telegraphisch zu benachrichtigen, daß für die Bayerische Volkspartei eine Beteiligung an einem Kabinett Stresemann aus sachlichen und persönlichen Gründen nicht in Frage kommen könne.

Von den bisherigen Koalitionsparteien weiß man nur,

daß bei der Leitung der Demokraten bisher keinerlei Reizung besteht, sich an einer Regierung des Bürgerblocks zu beteiligen. Dagegen ist das Zentrum offensichtlich im Begriffe, nach rechts abzurutschen. Der industriell-agrarische Flügel, den die Gruppe um Siegerwald unterstützt und der neuerdings Zugang durch den Arbeitsminister Dr. Brauns und seine engeren Freunde erhielt, hat augenscheinlich das Übergewicht gewonnen. Ueberzeugungstreue Zentrumsrepublikaner ziehen sich deshalb verärgert zurück. Der neue Zentrumskurs wird auch dadurch charakterisiert, daß neuerdings die Abgeordneten Klöckner und Graf Praschma wieder in den Ausschuss der „Germania“ eingetreten sind, der im übrigen einer völligen Umbildung zu dem Zwecke erlebte, daß die „Germania“ in gemäßigtem Zentrumsinne nicht einseitig orientiert werde. Das heißt also, die bisherige Redaktion zu beseitigen oder sie doch in der Vertretung ihrer Anschauungen zu knebeln.

Innerhalb der Kanzlerpartei aber verliert Stresemann erheblich an Boden. Wir haben schon im Abendblatt auf die Andeutungen der „DZ“ verwiesen, wonach in der Fraktion um den Kopf des Kanzlers gestritten wurde. Es wurden bereits an Stelle Stresemanns neue volksparteiliche Namen als Kanzler genannt, und zwar die der Abgeordneten Dr. Heinze und Dr. Scholz. In diesem Zusammenhang interessiert die Erinnerung an die Erklärung, die besagter Dr. Scholz in der Reichstagsitzung vom 14. August nach dem Amtsantritt Stresemanns abgab. In dieser Erklärung hieß es: „Die Deutsche Volkspartei hat das größte Opfer gebracht, das eine Partei dem Vaterlande bringen kann: Sie hat ihren besten Mann zur Führung der Reichsgeschäfte in schwacherer Zeit zur Verfügung gestellt. Daß dieses Opfer nicht vergebens sei zur Rettung des Vaterlandes, das ist unser heißester Wunsch.“

Jetzt ist dieselbe Partei im Begriff, diesen ihren besten Mann abzugeben und an seiner Stelle den Dr. Scholz vorzuschlagen, von dem in seiner Partei selbst und auch anderwärts ungefähr das Gegenteil von dem behauptet wird, was er über Stresemann sagte.

Aber ob Scholz, Heinze oder Stresemann — die Deutschnationalen sind ebenso unerbittlich wie die Bayerische Volkspartei. Sie scheitern nicht um den einen oder anderen Ministerposten, sie wollen ganze Arbeit machen und ein Horthy-Regiment in Deutschland errichten. Zu diesem Zwecke scheuen sie nicht davor zurück, Anleihen bei dem Erfurter Programm der verästerten Marxisten zu machen und die „Wehrhaftmachung des Volkes“ auf ihre Fahne zu schreiben. Zu welchem Zweck diese Wehrhaftmachung erfolgen soll, liegt auf der Hand. Nachdem man zunächst im Innern die republikanischen Kräfte niedergeschlagen hat, will man sinn- und aussichtslose Kraftproben nach außen riskieren. Ueber die Folgen muß sich das ganze deutsche Volk klar sein.

Deutschnationale Verfassungswächter.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion nahm am Mittwoch in mehrstündiger Sitzung Stellung zur Lage und zu der noch in keiner Weise gelösten Regierungskrise. Es wurde festgestellt, daß die Verfassung in Artikel 24 den Zusammentritt des Reichstages in jedem Jahre am ersten Mittwoch des Novembers fordert, in der sonstigen Richtberufung des Reichstages also eine erneute Verfassungsverletzung liegt. Des weiteren nahm die Fraktion Stellung zu brennenden Wirtschaftsfragen. Sie beschloß folgende Interpellation:

Die Gefahr der Arbeitslosigkeit wächst von Tag zu Tag. Was hat die Reichsregierung zur Beschäftigung der Arbeitslosen vorbereitet? Wird die von allen Seiten schon lange für erforderlich erachtete großartige Kultivierung der Dedlandsflächen endgültig in Angriff genommen und besteht eine umfassende innere Kolonisation in die Wege geleitet? Wird die Arbeitspflicht verwirklicht? Werden neue sachlich notwendige Um- und Neubauten bei Verkehrseinrichtungen vorbereitet? Wird die Wiederanweisung der aus den entrisenen Gebieten vertriebenen deutschen Ansiedler ohne Schädigung der angesehnen Landwirtschaft mit allem Nachdruck betrieben?

In einer weiteren Anfrage wird die Regierung um Auskunft ersucht, ob ihr die Mißstände bekannt sind, die sich aus dem neuerlichen Beschäftigbaren der Großbanken ergeben haben, durch die die Ueberwälzung von Geldbeträgen fast zur Unmöglichkeit gemacht wird, der Erwerb und die Bewertung wertbeständiger Anlagen mit ungeheuren Spesen belastet und durch die Zerschöpfung der Kreditmöglichkeiten das Wirtschaftsleben gedrosselt wird.

Gegen die radikale Agitation in der Schutzpolizei. Der Minister des Innern weist in einer Verfügung darauf hin, daß in letzter Zeit von rechts- und linksradikaler Seite wiederholt Veruche gemacht worden sind, eine staats- und verfassungsfeindliche Agitation in die Schutzpolizei hineinzutragen. Wie in der Verfügung betont wird, ist gegen eine derartige Agitation sowie gegen Drucker, Verleger und Verbreiter von Flugblättern der genannten Art mit aller Schärfe vorzugehen.

Ein Diktator.

Aus den Erinnerungen eines Hofmarschalls.

In diesen Tagen, in denen das Schlagwort von der „nationalen Diktatur“ umgeht, wird es fünf Jahre, seit eine 30jährige nationale Diktatur elend zugrunde ging: die Regierungszeit Wilhelms II. Sehr zur Zeit erscheint daher bei der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart ein neues Buch: „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof. Aufzeichnungen des Grafen Robert Zedlig-Trübschler, ehemaligen Hofmarschalls Wilhelms II.“

Ein Mann, der sich zwölf Jahre in der nächsten Nähe des Allmächtigen aufhielt, entwirft hier ein Bild des letzten deutschen Kaisers, wie es widerwärtiger und abstoßender kaum gedacht werden kann. Um einen gekrönten Großsprecher, Schimpf- und Raufbold, einen Größenwahnsinnigen Verschwenker gruppiert sich in der Darstellung des Grafen Zedlig-Trübschler ein Hofgeschmeiß, das alle wörtlichen und körperlichen Beleidigungen — an Schlägen fehlte es nicht — mit ersterbender Ergebenheit hinnimmt, allen allerhöchst anbefohlenen Unsinns devotest weiterschwächt und sich mit Handlüssen Gunst zu erwerben sucht. „Asiatisch!“ Das Wort fällt in diesem Zusammenhang. Es ist eine ungerechte Beleidigung des Asien von heute.

„Die Verfassung habe ich nie gelesen und kenne sie nicht.“ „Steuern müssen sie zahlen, bis sie schwarz werden.“ „Zeitungen lese ich überhaupt nicht. Was diese Schafsköpfe schreiben, ist mir gleichgültig.“ „Ein solches Lumpenpaar soll man nun regieren. Sie sind eben absolut nicht reif für eine Verfassung.“ „Wenn es jetzt in den Zeitungen nicht aufgehört, schicke ich einen Flügeladjutanten hin und lasse einen Redakteur totschießen.“ „Ja, das ist es ja, meine Untertanen sollten einfach tun, was ich ihnen sage; aber meine Untertanen wollen immer selber denken, und daraus entstehen dann alle Schwierigkeiten.“ Wahrhaftig, jeder Zoll ein gekrönter Diktator!

Aus Anlaß des Straßenbahnerstreiks um 1900 und der mit ihm verbundenen geringfügigen Unruhen gelangt an das Generalkommando des Gardekorps folgendes Telegramm: „Ich erwarte, daß beim Einschreiten der Truppen mindestens fünf hundert Leute zur Strecke gebracht werden.“ Bei der Befestigung einer vom Hofenstaufenkaiser Friedrich II. erbauten Burg ergeht die Anweisung an die Umgebung: „Ja, wenn man denkt, was dieser große Kaiser alles geleistet! Aber, wenn ich euch ebenso peitschen und töpfen lassen könnte, dann würde ich auch mehr schaffen können.“

Angesichts dieser Selbstentzeichnung klingt das Wort aus dem Munde der Mutter noch schornd: „Glauben Sie nur nicht, daß mein Sohn etwas aus irgendeinem anderen Motiv als dem der Eitelkeit tut.“

Das ganze Buch ist ein ewiges Händeringen. Der Hofmarschall hört die unglaublichsten Ausprüche, z. B. wie der Kriegsminister und der Chef des Militärkabinetts: „Ihr alten Schafsköpfe!“ angeprochen, oder wie ein angehener schlesischer Magnat bei der feierlichen Begrüßung „Sie alte Schweine!“ tituliert wird. Er sieht, wie Offiziere am Ohr gezogen und auf den Rücken geschlagen werden, wie ein älterer Herr „zum Spaß“ in den Schnee geworfen und mit dem Kopf mehrmals hineingetunkt wird. Er selber erleidet die unglaublichsten Grobheiten und erlebt es, daß ihm — wegen eines auf den Teppich gestreuten Aschenrests — die kaiserliche Fraust unter die Nase gehalten wird.

Der Mann, der in so blöder Weise krautmeiert, ist nach dem Urteil des Beobachters eigentlich „schwach und weich“. Er ist ein ewiges Kind, und „wehe dem Reich, das ein Kind regiert“. Aus Anlaß der Novemberkriege von 1908 vergießt er bittere Tränen und beauftragt den Kammerdiener Schulz, dem Reichskanzler telephonisch mitzuteilen, daß er abdante.

Hätte es geholfen, wenn der Kammerdiener Schulz seinen Auftrag ausgeführt hätte? Das ist einigermaßen zweifelhaft, denn der gleichfalls sehr „kindliche“ Kronprinz vertrat eben damals die Ansicht, daß nur ein Krieg Deutschland aus seinen inneren Verlegenheiten retten könne.

In der Kunst, auswärtige Politik zu treiben, war bekanntlich Wilhelm II. keiner über. Ausländische Fürstenbesuche werden mit „spahhaften“ Handgreiflichkeiten bedacht, daß es nur so knallt. Auf eine Frage, wie die englische Vertretung zu erklären sei — der Kaiserin war aus London zum Geburtstag nicht gratuliert worden, und dies wurde zum Anlaß einer diplomatischen Aktion genommen —, erklärte der englische Botschafter lachend: Wenn er alles nach London berichtet hätte, was Seine Majestät über England zu ihm gesagt habe, dann hätte es wohl schon zwanzigmal Krieg gegeben.

Bei einem Paradeerzieren in Döberitz, Juni 1908, äußert sich der Kaiser vor dem russischen General Tschitschew: „Er wisse wohl, daß man uns eintreiben wolle, aber der Germanen habe nie besser gefochten, als wenn er von allen Seiten angegriffen würde. Und sie sollten nur kommen!“

Zu alledem schmeigt das Hofgeschmeiß. Zu alledem sagen die Minister: „Zu Befehl, Euer Majestät.“ Offiziere küssen die Hände. Dazwischen wird getuschelt und geraunt. Staatssekretär v. Tschirsky: „Unter dem Kaiser leiden wir alle,

er ist das uns auferlegte Kreuz." Bülow stöhnt, was er alles wieder in Ordnung bringen müsse. Der Hofmarschall selbst bemerkt (7. Juni 1907, also elf Jahre zuvor): "Man sollte meinen, eine ganze Welt müßte binnen kurzem zugrunde gerichtet werden, wenn ihre Geschichte so gelenkt werden."

Das alles haben, wußten die unterrichteten Kreise des Auslandes. Das deutsche Volk wußte es nicht. Ihm blieb die Person des Allerhöchsten durch eine Weihrauchwolke verborgen. Was aber mußte die Welt von einem Volke denken, das sich so regieren ließ? Der Fanatismus, mit dem sie vier Jahre lang dagegen kämpfte, daß dieses System den Sieg gewann, wird einem auf einmal bis zum Grauen verständlich. Auch der Ausspruch Walter Rathenaus: An dem Tag, an dem Wilhelm II. als Sieger durch das Brandenburger Tor ritt, hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren.

Doch ein Wort der Gerechtigkeit! Dieser Mensch trug ja keine Schuld daran, wie er war. Er trug keine Schuld daran, daß ihn der blöde Zufall der Geburt auf einen der höchsten Throne der Welt gerufen hatte. Bei jeder Selbstkritik, glaubte er, sein Volk herrlichen Zeiten entgegenführen zu können. Ohne seinen Purpur war er ja doch nur ein armer Narr.

Verbrecher an der Nation waren diejenigen, die wußten, was war, und die es nicht rechtzeitig änderten. Die diesen Mann regieren ließen, weil sie von seinem Sturz den Verlust der eigenen Vorrechte und Privilegien fürchteten. Die Eignung der Herrschaft und die Feigheit des Bürgermeisters haben Deutschland in den Abgrund stürzen lassen.

Diese Leute aber sind es, die heute im Namen der "nationalen Diktatur" ihre Herrschaft neu befestigen wollen. "Despotismus bedeutet für ein Land früher oder später Schwäche. So verlockend es erscheint, alle Fäden in der Hand eines Mannes zu vereinigen, dessen Kopf nur gerecht, kluge und weiterschauende Gedanken hat, so wirksam und vorteilhaft eine solche Regierung auch sein müßte, der Geschichtsflecker weiß, daß es solche Männer nur sehr selten gegeben hat und geben wird, und daß sich die Mehrzahl der Menschen durch unbegrenzte Macht zu Handlungen verleiten läßt, die dem Ideal nicht entsprechen, ja ihm direkt entgegenstehen. Welche Gefahr ist es daher, wenn viele Millionen Menschen vertrauensvoll ihr Schicksal in eines einzelnen Hände legen müssen..." so schreibt am 14. Mai 1910 der Hofmarschall Wilhelms II. in sein Tagebuch.

Fünf Jahre Republik haben dreißig Jahre "nationale Diktatur" und ihre grauenvollen Folgen noch nicht auszulöschen vermocht. Jetzt muß ein Hofmarschall Seiner Majestät kommen, um jenen Volksteilen die Augen zu öffnen, die am Karrenrad der Schuldigen von einst aufs neue dem Abgrund entgegenstürzen!

Tollhäusler wollen Deutschland führen!

Das außenpolitische Programm der Rechtsdiktatur.

Die Kreise, die jetzt mit allem Nachdruck auf die Errichtung der Rechtsdiktatur über ganz Deutschland hinarbeiten, sind sich vollständig darüber im klaren, daß sie damit das Rheinland den Franzosen preisgeben. Sie wissen sehr wohl, daß der Separatismus bisher nur dank der aktiven und opfermütigen Gegenwart der "marxistischen" Arbeiterschaft niedergehalten werden konnte, daß aber im Augenblick, wo der Rechtsputsch, gleichviel, ob auf offenem oder auf trockenem Wege, erfolgt sein würde, an eine solche Abwehr gar nicht mehr zu denken wäre.

Uebrigens hat man sich nicht nur in rein putschistischen Kreisen mit dem Verlust des Rheinlandes bereits abgefunden; auch in Regierungskreisen gibt es solche Leute, denen die Kapitulation vor Ruhr wichtiger erscheint als die Erhaltung der Reichseinheit im Westen. Wenn jene Herren, die die Behauptung aufstellen, das Rheinland sei angesichts des klaren

französischen Annexionswillens vorübergehend nicht zu halten, gestellt werden, dann markieren sie die Entrüsteten. Trotz aller Dementis, die bereits erfolgt sind und noch erfolgen mögen, sei hier klar ausgesprochen, daß auch diese Frage bei der jüngsten Kabinettskrise eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat.

Die Putschisten hingegen geben wenigstens den Tatbestand offen zu. Aber sie argumentieren so: "Die besetzten Gebiete mögen wir einstweilen verlieren, um so sicherer holen wir sie uns wieder, wenn nicht gar noch manches dazu."

Bezeichnend für die Geistesverfassung der bayerischen Treiber des Rechtsputsches sind die Ansichten, die der Reuterergeneral von Lossow erst vor wenigen Tagen einem bayerischen Reichstagsabgeordneten gegenüber entwickelt hat: Die Ausbreitung des Ruhr-Regimes über ganz Deutschland durch Errichtung der Rechtsdiktatur ist eine unabwendbare nationale Notwendigkeit. Ist einmal die Rechtsregierung im Reich am Ruder, dann erklärt sie Frankreich den Krieg und die ganze Welt wird Deutschland zu Hilfe eilen!

Und solche hirnerkrankten Phantasten fühlen sich berufen, Deutschland zu führen! Dieses Programm entspricht übrigens ganz den Auffassungen, die die deutschnationale Partei seit längerer Zeit in privaten Zirkeln, neuerdings aber auch öffentlich entwickelt: Wehrhaftmachung des deutschen Volkes, Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, Kriegserklärung an Frankreich!

Die Herrschaften sind in ihrem Wahnsinn nur etwas konsequenter als andere, ernster zu nehmende Kreise, die seit Wochen mit dem Gedanken des "Bruches mit Frankreich" spielen, ohne sich etwas Benautes dabei vorzustellen. Die bisherige militärische Leitung der Reichswehr hat sich in nächster Beurteilung der tatsächlichen Machtverhältnisse zu allen derartigen leichtsinnigen Spielereien strikt ablehnend verhalten. Auch das ist einer der Gründe, weshalb sie beiseite gelassen werden soll.

Es ist, als ob Tollhäusler über Deutschland losgelassen sind. Und in der bürgerlichen Mitte wagt es niemand, das Unheil aufzuhalten, obwohl in jeder es klar erkennt und nahe sieht. Angesichts der fürchterlichen Zuspitzung der wirtschaftlichen Krise verlieren die Großindustriellen und Großagrarien den Kopf und glauben, das einzige Mittel, um den Zusammenbruch ihrer Vormachtstellung zu verhindern, sei eben, den völkisch-nationalistischen Wahnsinn mitzumachen.

Der Humor der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat Humor, sogar in dieser traurigen Zeit. Um Presseangriffen entgegenzutreten, veröffentlicht sie eine Zusammenstellung der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen. Man erfährt dadurch, daß zwischen dem 15. Oktober und 2. November nicht weniger als 15 Verordnungen auf finanziellem, 14 auf wirtschaftlichem und 9 auf sozialem Gebiet erlassen worden sind. Zwei Verordnungen pro Tag sind gewiß eine ganz schöne Leistung. Wenn die Massen davon satt werden würden, bräuchten sie wirklich gegen die Regierung nicht den Vorwurf zu erheben, sie hätte vom Ermächtigungsgesetz zu wenig Gebrauch gemacht! Wir brauchen weniger Verordnungen als Inhalte und für die einzige Verordnung, die schon vor acht Tagen hätte erlassen werden können und den Arbeitnehmern Goldlöhne gebracht hätte, würden viele sicherlich der Regierung die übrigen 38 Paragraphensammlungen schenken.

Wir können diese Art der Polemik nur als humoristisch hinnehmen. Denn wer die Vorgänge gerade auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet zu verfolgen verurteilt ist, der wird beinahe ebenso wie derjenige, der sich für seinen Arbeitslohn nichts kaufen kann, irgendwelche Befriedigung über die Paragraphenschusterei aufbringen können.

Der Aufmarsch in Thüringen.

Ein Schreiben des Reichswehrministers.

Der Einspruch des Ministerpräsidenten von Thüringen Frölich gegen das Schreiben des Generalleutnants Reinhardt hat den Reichswehrminister Geßler zu folgender Erklärung an Genossen Frölich veranlaßt:

Berlin, den 6. November 1923.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

In Erklärung des Hohen von Wehrkreiskommando V zugegangenen Schreibens darf ich nach folgendes ausführen: Der Auftrag des Generals Reinhardt lautet dahin, Thüringen auch gegen jeden Einfall von Banden von auswärts zu schützen, was im ersten Satz dieses Schreibens zum Ausdruck kommt, wenn er von der bedrohlichen Lage von Thüringen spricht. Ich bin der Überzeugung, daß Schutzpolizei und Reichswehr zu dieser Aufgabe völlig genügen, daß daneben aber bewaffnete Organisationen unmöglich sind, weil sie eine Gefahr für die Bevölkerung und die Truppe bilden. Ich wäre dankbar, wenn General Reinhardt bzw. dem örtlichen Truppenkommandeur General Hasse jede Unterstützung zur Lösung seiner Aufgabe geleistet würde.

Mit der Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Gen. Geßler.

In dem Schreiben des Reichswehrministers wird zugegeben, daß Thüringen von auswärtigen Banden bedroht ist, es wird zugegeben, daß es ein unmöglicher Zustand ist, wenn sich in einzelnen Landesteilen bewaffnete Organisationen bilden. Die logische Schlussfolgerung wäre ein Einschreiten der Reichswehr gegen die "Banden" jenseits der thüringischen Grenze, anstatt einen kommandierenden General mit einem militärischen Apparat gegen ein paar hundert Kommunisten loszulassen. Wie "fürchtbar" die Gefahr der roten Hundertschaften in Thüringen ist, zeigt ein Weimarer Telegramm des "Berliner Tageblatt", in dem es heißt:

Die Zahl der bewaffneten Hundertschaften war an und für sich gering. In Weimar selbst hat nie eine solche bestanden. Nun lassen die eingezogenen Erkundigungen darauf schließen, daß drei oder höchstens vier Hundertschaften sich trotz des Verbots des Militärbehaltens nicht aufgelöst, sondern im geheimen weiter bestanden haben. In einem Orte, und zwar in Schlotheim im Kreise Sondershausen, scheint der dortige Hundertschaftsführer, ein Volksschullehrer, sich einige Uebergriffe haben zuschulden kommen lassen. Zur Wiederherstellung der Ruhe in einem solchen Falle genügt ein einziger Gendarm. Schlotheim ist nicht besetzt worden.

"Sozial Beschrei um einen Pfannekuchen" kann man sagen, wenn man gegen diese nüchternen Tatsachen die "zahlreichen Hifferufe" hält, die sich die deutschnationale Presse und andere prominente Stellen aus Thüringen drahten lassen. Auf das Ausland aber, vermuten wir, wird der strategische Feldzug gegen die vierhundert "Roten" in Thüringen einen ausgezeichneten Eindruck machen.

Um Thüringen! . . . In Thüringen!

Der Beauftragte des Generals Reinhardt in Thüringen, Generalleutnant Hasse gibt der thüringischen Bevölkerung folgendes bekannt:

"Zahlreiche Hifferufe der thüringischen Bevölkerung aller Schichten zeugen von Gewalttätigkeiten und ungesetlichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben durch die kommunistischen Hundertschaften. Trotz des ausdrücklichen Verbots des von der Reichsregierung beauftragten Militärbehaltens bestehen diese Verbände weiter und betätigen sich in einer Weise, die für die Autorität des Reiches und der vollziehenden Gewalt unerträglich ist.

Der Militärbehaltenshaber im Wehrkreiskommando V hat mich beauftragt, im Freistaat Thüringen mit den mir zur Verfügung stehenden Truppen alle die Maßnahmen zu treffen, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande nötig sind und die Durchführung der Befehle des Inhabers der vollziehenden Gewalt gewährleisten. Hierzu ist die thüringische Landespolizei mit den staatlichen und kommunalen Polizeiorganen im

Musikgesellschaften.

Konzertschau von Kurt Singer.

Eng, ganz eng ist das Musikleben mit dem Wirtschaftsleben verknüpft. Künstler sind Hand- und Kopfarbeiter zugleich. Da beide Sorten Mensch verarmt und gebrochen daneberliegen, da mit dem Niedergang der Welt ihre Einnahmen sich in geometrischer Progression vermindern, so ist die Belastung durch ein Konzert unerträglich geworden. Zu diesem letzten Mittel des Untergangs in strahlender Pose, in künstlerischer Schönheit, greift keiner so leicht. Und so schlummert der viel gelästerte Berliner Musikbetrieb ein. Fast fehlt man sich schon nach ihm zurück. Was das Leben, das fortzeugend Gähnende im musikalisch-produktiven Leben ist, das erkennen wir eben erst, wenn wir Toten erwachen. So sammeln sich die Hungerigen zu Gemeinschaften, so finden Menschen in Musik eine Bindung, so erleben sie, wiegestaltig, in der Musik die gesellschaftsbildende Kraft.

Die Sonntagskonzerte in der Philharmonie sind gefüllt mit stillen, aufmerkamen Menschen, denen ein etwas buntes Programm — Tanz, Sinfonie, Suite, Konzert und Potpourri — den freud- und kummervollen Wechsel ihres geplagten Lebens darpiegelt. Hagen dirigiert alles, und alles gleich sicher und nichts begelstend. Hat ihn der Betrieb entnerot? Bei Camillo Hildebrand, der schon eine viel kleinere Gemeinde im Blüthner-Saal hat, merkt man von Müdigkeit nichts. Er schwingt sich beherzt zu Brüdern hinan. Sein Orchester zieht in die Peripherie, zur Hasenheide, zum Friedrichshain. Verliert es dabei auch oft genug an bester Ausstattung, an Klangschönheit, so wird es doch zu einem hervorragenden Instrument, das mit großer Sachlichkeit Vermittler wird zwischen aristokratischem Werk und bürgerlichem oder Arbeiterspublikum. Und auch die Gemeinschaft proletarischer Musikfreunde muß gesteht diese Allbereitschaft der Blüthner-Leute aus. Zu großen Aufgaben kann kaum ein Orchester mehr erziehen werden, auch das der Staatsoper nicht. Im Hochbetrieb kam es auf ein paar Proben nicht an; und als es noch keine Valutaspieler (oder Schieber) gab, da konnte sich eine künstlerische Gesellschaft einen wirklichen Nachmittagskonzert leisten (Mitsch, Strauß, Turmängler, Hauptegger). Deht ist Erziehung Nebenache, Kampf um Brot Hauptache geworden. Ab und zu aber wollen wir den Ruf nach Wertebefähigung unserer Orchester durch das Chaos der Weltstadgeschichte immer wieder ertönen lassen.

Die Novembergruppe sammelt sich und wärmt sich im Bog-Haus. Das Amor-Quartett macht moderne Musik mit gewöhnlichem Strich, ausgeglichen in seinem Wollen und Bollenden. Lindemiths op. 16 ist genialer Lebermut, feste Musikantenlounge, jung und erlebt und ganz fern noch an Brahmsche Arie erinnernd. Habas zweites Viertonl-Quartett dagegen ist Musik von übermorgen. Die diese Art Musik Gegenwart wird, mag sie vergessen sein. Ein böses klingendes, gemüthbares, formal sehr geschicktes Werk. Viertonl-Quartett? Man hört Theorie und Unsauberkeit, möchte hineinsehren, daß eine Spur über oder unter dem gespielt Akkord ein herrlicher, klarer, reiner Ton zu fassen wäre. Aber wenn es einmal richtig und göttlich klingt, dann war sicher falsch gespielt worden. Dabei ist die Führung der Stimmen höchst selbständig, eigenartige Härten verraten bizarre Phantasie, neuer

Rhythmus gibt den Spielern und Hörern neuen, padenden Schwung. Doch hört nur noch das innere Ohr, und nur in der Gehirnrinde lagert sich das Werk fest. Kein Herzton löst die gequälte Arbeit, kein warmer Hauch von Jugend, Liebe und Sehnsucht tröstet unserer Abneigung Lügen. Ein Experiment, keine Musik.

Eine neue Sängerin sei rühmend genannt: Berthe von Bigler. Sie hat eine große, edle, schöne Sopranstimme, mit der sie spielend umgeht. Ausdruck kommt allein schon aus der guten Technik dieses klingendvollen Organs. Nach dem freien Vortrag der "Ah-perüdo"-Arie Beethovens dürfte man erwarten, daß sie auch im Oratorium gute Figur machen wird. Was sonst den schweren Gang zum Berliner Podium noch dunkel sucht, sei summarisch das nächstmal beleuchtet.

Die Sitzung.

Daß sie zu den Bedürfnissen des täglichen Lebens gehört, ist für sich schon bei anderer Gelegenheit hier festgestellt worden. Da fast jeder Mensch täglich mindestens eine, häufiger jedoch noch mehr Sitzungen hat, braucht eigentlich nichts mehr darüber gesagt zu werden. Aber in dem Wissen der wenigen, die unglücklicherweise keine Sitzungen haben, ist ein starker Riß vorhanden, wenn sie nicht auch hierüber unterrichtet sind.

Also: Zu einer Sitzung kommen manchmal wenig, manchmal viel Menschen zusammen. Der äußere und stärkste Eindruck einer Sitzung ist stets der Tabakqualm, der über die Sitzenden lagert. Damit soll nicht etwa gesagt werden, daß die Sitzung immer dem berüchtigten Tabakkollegium gleicht; o nein! In diesem ist bekanntlich nur Unsinng getrieben worden. Neben dem Rauchen ist die Hauptbeschäftigung in der Sitzung das Reden. Ueber einen Punkt muß je der Sitzungsteilnehmer mindestens einmal geredet haben, bisweilen auch noch öfter. In den Reden stoßen die Gegenstände aufeinander; zum Schluß ist die Einigkeit aber meist wiederhergestellt. Ist jedoch Uebereinstimmung nicht erzielt worden, wird ein Ausschuss zur Prüfung der Differenzen eingesetzt. Dieser hält alsdann wieder eine Sitzung ab und prüft. Bei der Prüfung treten unter Umständen weitere Differenzen auf. Deshalb setzt alsdann der Ausschuss einen Unterausschuss zur Prüfung der weiteren Differenzen ein. Dieses kann beliebig oft wiederholt werden. Der Ausschuss heißt auch Kommission oder Unterkommission. Auf den Namen kommt es hierbei nicht an, die Tätigkeit ist doch dieselbe.

Es gibt kurze oder lange Sitzungen. Letztere kommen am häufigsten vor. Sie sind deshalb auch am unbedenklichsten. Das macht aber nichts, denn jeder Sitzungsteilnehmer fühlt trotzdem in sich das Bedürfnis, die Sitzung möglichst lange auszudehnen, damit er nachher mit ruhigem Gewissen und müdem Blick sagen kann: "Ich hatte eben wieder eine stundenlange Sitzung."

Für manche Sitzungen gibt's Diktien. Sie sind deshalb auch sehr beliebt. Noch beliebter ist aber die bezahlte Sitzung, die nicht erst hinzuzufinden braucht.

Ein Kassale-Denkmal in Petersburg. Am 7. November, dem Jahrestage der bolschewistischen Revolution, wird, dem Diktiergesetz zufolge, in Petersburg ein Denkmal für Ferdinand Lassalle enthüllt werden. Der Schöpfer des aus Granit gehauenen Standbildes ist der Bildhauer Binast.

Megel N. Toffol, der durch das Rostauer Theater emporgetragene und in Paris erfolgreiche Verwandte des großen Dichters Toffol, hat im Schauspielhaus zu Frankfurt a. M. seine reichsdeutsche Uraufführung erfahren. Der Eifer der "Kreuzsonate" würde allerdings an dieser galanten Komödie, die sich "Die Liebe, ein goldenes Buch" betitelt, wenig Freude haben. Dies goldene Buch, vom Hofe der Kaiserin Katharina geschenkt, errichtet das Reich Cupidos im uralten heiligen Javanreich und besiegt alle Menschen. Sogar der älteste Bräutigam muß ihm Tribut entrichten, so sehr er auch die Mutter Gottes anruft und sich der Heiligkraft der neuen Klingen wehrt. Und dabei werden mit einer sehr wissenden Ironie geknechtete Fronbauern zu Satyrn und Waldgeistern verkleidet. . . . Das Rädeln eines schönen Mundes ist wichtiger als die Macht eines großen Kaisertums, das ist die Lehre dieses Weltkinde, der als Raubentwiler im Sowjetlande wirt. Wie wichtig ist Gott, sagte schon Heine. . . . doch, wer unbesungen ist, Katsche! Denn die Komödie ist ausgezeichnet. S. v. 3.

Ueber Süd-Mexiko und Guatemala hielt Hugo Richard Busch einen lehrreichen Vortrag in der Urania. Zur Deutlichkeit, die wir stets ein lebhaftes Interesse an der Eigenart anderer Völker hatten, müssen heutzutage freilich, wenn Auslandsdeutsche uns Material über fremde Länder senden, Freiherr von Tschüchert'sche hervorragende Aufnahmen, darunter Bunfarbphotographien, und Filme aus Süd-Mexiko. Dieses ist viermal so groß wie Deutschland. Das Klima ist nur auf den Höhen und an den Abhängen der Gebirge für Europäer erträglich.

Die Bildbreite ging von San Benito aus, dem südlichsten Hafen Mexikos, der früher einen reichen Kaffeeexport hatte, jetzt aber verlandet daliegt. Eine lohnende Existenz kann der Europäer in Mexiko nur als Viehzüchter oder Maisbauer finden. Aber dazu gehört Geld, Geld und nochmals Geld, und zwar in Edelmetalle. Hinzukommt, daß der Europäer in dem Klima nie so leistungsfähig sein kann, wie der eingeborene Indianer es ist. Die Kaffeeplantagen (die angesiedelten Europäer nehmen, um ihr Leben fristen zu können, oft vorübergehend bewerkstelligen auf ihnen an) beanspruchen warmes Klima, Feuchtigkeit und einen fruchtbaren Boden. Damit der Kaffee gedeiht, muß man Schattendäume pflanzen. Vor drei Schreden jedoch graut allen in Mexiko arbeitenden Menschen: vor Rißernte, Vulkanausbruch und Rücküberbanden. e. b.

Ein Theaterwissenschaftliches Institut ist an der Berliner Universität eröffnet worden. Die Direktoren sind Prof. A. Brerker und Prof. Max Herrmann. Neben den Theaterwissenschaftlichen Vorlesungen" von Max Herrmann werden für dieses Semester angehängt: Theaterrealie mit Bezug von Ferdinand Gregori und Theaterrecht mit praktischen Anstellungen von A. von Glatzenop.

Das nächste Konzertspektakel von Prof. Walter Fischer ist am 8. abends 8 Uhr im Dom. Mitwirkung: Ernst Dierckamp, (Zah) Staatsbader und Reinhold Hermann, Gekko. Programm, an der Abendkasse erhältlich, berechtigt zum Eintritt.

Wahlers "Unvollendetes". Das Wiener Operntheater erwarb das Recht über Sätze der unvollendeten Sinfonie von Gustav Mahler aufzuführen. Diese Aufführung findet im Dezember statt.

Die Deutsch-Oesterreichische Christlichkeitsvereinsgesellschaft hat der Deutschen Künstlerhilfe als Ergebnis einer Sammlung 1.150.000 Kronen überweisen lassen.

Freiwillig Thüringen mir unterstellt worden und erhält von mir die erforderlichen Befehle. Die zu treffenden Maßnahmen richten sich nicht gegen die ordnungsliebende Bevölkerung, ich verweise vielmehr auf deren Mitwirkung. Auf der anderen Seite wird rücksichtslos jeglicher Widerstand, der sich meiner Truppe und der Landespolizei entgegenstellt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gebrochen werden.

In Erkenntnis der schweren Lage, in der sich der überwiegende Teil der Bevölkerung befindet, wird die Truppe dem Lande nicht zur Last fallen. Sie führt ihre Verpflegung mit sich. Die mit der militärischen Leitung an Ort und Stelle beauftragten Befehlshaber handeln in meinem Namen."

Der Aufruf nimmt sich einigermaßen possierlich aus, wenn man bedenkt, daß von Gewalttätigkeit oder von Widerstand in Thüringen bisher noch nicht das mindeste bekannt geworden ist. Reichswehrminister Gessler und die ihm unterstellten Militärs würden sich selbst einen guten Dienst erweisen, wenn sie endlich mit dem Tatsachenmaterial herausrückten, auf das sich die Hilferufe und das Vorgehen der Militärbefehlshaber stützen.

Neues aus Sachsen.

Es wird weiter gemahregelt.

Dresden, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Durch ein Schreiben des Wehrkreiskommandos IV ist Genosse Haufe, Regierungsrat im Dresdener Volkseipräsidentium, auf unbestimmte Zeit beurlaubt worden. Zur Begründung dieser Maßnahme wurde erklärt, daß "bei der politischen Einstellung des Herrn Haufe von seiner Verwendung Abstand genommen werden" müsse.

Das heißt also, jeder, der sozialdemokratischer Gesinnung verdächtig ist, kann vom Wehrkreiskommando gemahregelt werden. Was gestern dem Polizeiobersten Schöninger, das posiert heute dem Regierungsrat Haufe und morgen vielleicht dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten. Nun ist aber die Anstellung und Entlassung von Beamten ganz ungewöhnliche Sache der verfassungsmäßigen Regierung, nachdem sogar der Herr Reichskommissar das Feld seiner rühmlichen Tätigkeit wieder verlassen hat, nicht ohne einen Haufen Scherben zurückzulassen. Also was will der General Müller mit der zwangswiseigen Beurlaubung sozialdemokratischer Beamten erreichen? Natürlich: Vertrauen zu seinen Anordnungen erzielen. Und der neuen verfassungsmäßigen Regierung, die unter so großen Schwierigkeiten entstanden ist, in verständnisvoller Weise die Arbeit erleichtern.

Ein Appell an die Reichsregierung.

Der badische Staatspräsident für die Reichsverfassung.

Karlsruhe, 7. November. (WZ.) Der badische Landtag hat heute sein bisheriges Präsidium mit dem Abgeordneten Dr. Baumgartner (Zentr.) an der Spitze wiedergewählt und darauf mit 55 Stimmen turnusgemäß den Finanzminister Köhler (Zentr.) zum neuen Staatspräsidenten und den Unterrichtsminister Dr. Hellpach (Dem.) zu seinem Stellvertreter berufen. Staatspräsident Köhler führte in seiner Amtsrede u. a. aus:

Wir stehen fest zur Zentralgewalt des Reiches in diesen schweren Tagen. Die Reichsverfassung ist für uns kein Spielball. Wir haben aber das Recht, zu erwarten, daß die Regierung des Reiches mit starrer Autorität und lechzt Kraft seinen Bestand schützt gegen Angriffe, woher sie immer kommen. Wir verlangen, daß man endlich entschieden und umfassend und ohne falsche Rücksichtnahme zugreift, um die großen wirtschaftlichen Gefahren zu bannen, welche das Sein des deutschen Volkes bedrohen. Wir erwarten ferner, daß der Länder Eigenart Verständnis finde und sich auswirken könne, getreu den großen Traditionen, im Rahmen des Reiches. Wir mahnen aber auch eindringlich, die Wohnungen im deutschen Haus nicht umzuändern, da das Haus in Brand steht. Die große deutsche Einheit allein hält die Treuen um das deutsche Banner an Rhein und Ruhr. Dort ringt man um des Deutschland, um den Bestand des deutschen Vaterlandes. In ihren schwersten Stunden soll die Südwestfront brüderlich sie schützen. Darum rufe ich auf zur Einheit, auf diesem unserem Wege dem Vaterlande beizustehen. (Beifall.)

Keine Pogromhefe!

Die Rechtspresse tut empört, wenn man ihr Pogromhefe zum Vorwurf macht. Als was soll man es aber bezeichnen, wenn die Nachtausgabe des „Tag“ sich für folgende Zeiten hergibt?

Die Aktion in der Grenadierstraße hat eine eigenartige politische Wandlung gezeigt. Die dortigen Anwohner jüdischen Bekenntnisses haben bisher stets demokratisch gewählt. Jetzt erklären sie, daß sie sich zur deutschnationalen Partei umschreiben lassen werden, weil sie über die Duldung der jüdischen Einwanderung empört seien.

Unter Spejert die Schupo mit umgehängtem Karabiner und treibt die Gesellschaft auseinander, die durchaus Geschäfte machen will. Raum kehrt die Streife den Rücken, so stehen die Ostjuden wieder zusammen. Das ist das typische Bild dieses verurteilten Straßenzuges.

Dieses Schiebergeleit, das allen Abmahnungen der Regierung zum Trotz in Berlin gebildet wird, spielt ungeniert auf der Straße (1) das teuerste Geflügel. Puten, Gänse, Enten, es ist nichts zu kostbar für sie. Wenn da die deutsche Faust einmal dreinhaut, so ist das tabuliert, denn Gewalttätigkeiten sollen nicht vorkommen, aber sie sind vom menschlichen Standpunkte aus erklärlich. Während der eine darbt, prahlt der andere!

Derartige Hejereien pflegten im zaristischen Rußland der Austaft zu Pogromen zu sein. Sie stellen an Widerwärtigkeit alles, was sich die kommunistische Presse in ihren schlimmsten Tagen geleistet hat, in den Schatten. Wir begrüßwünschen die Volkspartei und das Zentrum zu der Sippchaft, in die sie sich zu begeben im Begriffe sind.

Kahrs Freiheiten.

München, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Anlässlich des Verkotes verschiedener Berliner Zeitungen in Bayern wird in einigen Münchener Blättern gegen die Münchener Korrespondenten der auswärtigen Presse Sturm gelaufen. Der Gipfel der Heje erklimmt am Mittwoch der „Bölkische Beobachter“, der am Schluß seines Kommentars über das Verbot schreibt: „Und die Münchener Vertreter der verbotenen Blätter? Was geschieht mit diesen jüdischen Pressebanditen?"

Da der Landesverband der bayerischen Presse im Rahmen des Reichsverbandes der deutschen Presse auch die Redakteure des „Bölkischen Beobachters“ in seinen Reihen zählt, dürfte wohl das Ehrengericht zu dieser Beschuldigung des eigenen Nestes Stellung nehmen. Außerdem haben die betreffenden Journalisten gegen die Verleumdung durch den „Bölkischen Beobachter“ auch das Gericht in Anspruch genommen.

Auslandswirkung der Rechtschwenkung.

Hamburg, 7. November. (WZ.) Aus New York wird dem „Hamburger Fremdenblatt“ von seinem Vertreter gefabelt, das Interesse der Vereinigten Staaten für Deutschland ist in der

letzten Zeit erheblich gewachsen. Die eindringlichen Schilderungen der schlechten Ernährungslage und des Elends in Deutschland haben in allen deutschfreundlichen Kreisen und darüber hinaus die größte Hilfsbereitschaft wachgerufen. Selber wird diese Stimmung aber stark beeinträchtigt durch die aus Deutschland kommenden Sensationsmeldungen. Besonders beunruhigt hat hier ein Telegramm der „New York Times“ über die bevorstehende Aufriktion einer militärischen Diktatur, Meldungen über die Wiedereinführung der Monarchie und offenbar außerordentlich übertriebene Gerüchte über Jugendpogrome in Berlin und anderen Städten Deutschlands. In hiesigen maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Kreisen wird mit Nachdruck betont, daß eine derartige Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland nicht nur die Bemühungen der amerikanischen Regierung um das Zustandekommen der Konferenz zwecks Feststellung der Leistungsfähigkeit Deutschlands durchkreuzen, sondern auch die geplanten Getreidelieferungen wie überhaupt das in Angriff genommene großzügige Hilfswerk für Deutschland außerordentlich gefährden müßte.

Dehme erneut verhaftet.

Auf Grund des § 1 der Verordnung vom 26. September hat der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos 3 die Verhaftung des Berliner Journalisten Walter Dehme angeordnet. Dieser Anordnung wurde folgende Begründung beigegeben:

„Dehme hat durch Verbreitung unwahrer Nachrichten, in denen der Bürgerkrieg in Deutschland als unmittelbar bevorstehend dargestellt wurde, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufs schwerste gefährdet. Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse biliet er somit eine Gefahr für die Sicherheit des Reiches, der nur durch seine Verhaftung vorgebeugt werden kann.“

Also nicht diejenigen, die den Bürgerkrieg vorbereiten und zum Bürgerkrieg treiben, werden von den militärischen Befehlshabern verhaftet, sondern diejenigen, die das gleiche aussprechen, was die Reichsregierung in ihrem vorgelegten „Aufruf an das deutsche Volk“ zum Ausdruck gebracht hat, als sie darin schrieb, daß gewisse Kreise versuchen „die Brandfackel eines Kampfes Deutscher gegen Deutsche ins deutsche Haus zu werfen“.

Deutscher konnte man wohl auf die unmittelbare Gefahr eines Bürgerkrieges kaum hinweisen. Wann wird der Befehlshaber Herrn Stresemann verhaften?

Notmaßnahmen der Reichsregierung.

Devisenabgabe. Neue Goldanleihe.

Infolge der katastrophalen neuen Entwertung der Mark hat sich die Reichsregierung veranlaßt gesehen, Maßnahmen zu treffen, um unter allen Umständen die Ernährung durch Beschaffung ausreichender Devisen sicherzustellen. Die Maßnahmen sind nur verständlich aus der verzweifeltsten Lage heraus, die sich ergeben hat, weil die Mark im Ausland tatsächlich keinen Wert mehr hat. Es kommt hinzu, daß die Ausfuhr sehr zurückgegangen ist, so daß für den Lebensmittelpbedarf wesentlich mehr fremde Zahlungsmittel angefordert werden, als vorläufig verfügbar zu machen sind. Die Reichsregierung gedenkt, um katastrophalen Rückwirkungen der Markkursbewegung im Ausland auf die deutschen Lebensmittelpreise vorzubeugen, an dem Einheitskurs für fremde Devisen festzuhalten, allerdings unter Berücksichtigung des inländischen Preisniveaus, das immer wieder den Zwangskurs zu sprengen droht. Einen festen Umrechnungskurs für die Mark im Verhältnis zu wertbeständigen Zahlungsmitteln glaubt man nicht ins Auge fassen zu können, solange die Rentenpresse nicht tatsächlich stillgelegt ist. Und das wird erst nach Einführung der Rentenmark, also aller Vorgussicht nach am 15. November, der Fall sein. In der Zwischenzeit kommt es darauf an, die zur notwendigen Lebensmittelpreise erforderlichen Devisen zu beschaffen.

Das Kabinett hat deshalb beschlossen, die Devisenabgabe auf Grund der Brotverbilligungsabgabe noch einmal in der gleichen Höhe zu erheben wie vor zwei Monaten.

Ferner hat das Kabinett beschlossen, einen Teil der Zuckerverzehrung zur Ausfuhr freizugeben, unter Sicherstellung des Bedarfs an Mundzucker für die Bevölkerung, aber unter strenger Kontingentierung des industriellen Zuckerverbrauches.

Ferner wird eine Goldanleihe, die in bestimmter Weise gesichert werden soll wie die bisherige Goldanleihe, in Höhe von 200 Millionen Goldmark ausgegeben, die ebenfalls dem Umlauf von Marknoten dienen soll. Schließlich ist die Umstellung des Reichshaushaltsplanes auf die Goldbasis bereits im Gange. Für das Jahr 1921 ist ein Goldhaushaltsplan in Vorbereitung. Dabei sollen die Ausgaben auf das schärfste gedrosselt, die Einnahmen nach Möglichkeit erhöht werden.

Das Ganze repräsentiert sich als ein System von Notmaßnahmen, die bestimmt sind, über die Gefahr des Zusammenbruchs der Lebensmittelpflege hinwegzuleiten. Ob das gelingen wird, hängt wesentlich davon ab, daß ein ausreichender Devisenfond mit größter Beschleunigung aufgebracht wird, und es rächt sich sehr bitter, daß man nicht schon viel früher, den Vorschlägen der Sozialdemokratie folgend, auf eine erhöhte Devisenerfassung hingewirkt hat.

Ausschlag wird darüber folgendes mitgeteilt:

Um zur Behebung der ärmsten Not des Volkes die nötigen Devisen für die Einfuhr des unentbehrlichsten Lebensbedarfs zu beschaffen, hat sich die Reichsregierung trotz der schwersten Bedenken entschlossen, die Devisenabgabe auf der Grundlage der Brotverbilligungsabgabe sofort noch einmal zu erheben. Als Gegenleistung wird eine neue Goldanleihe gewählt werden. Weitere Devisen sollen durch die Ausfuhr einer beschränkten Menge an Zucker beschafft werden. Die Not des Volkes zwingt zu diesem Schritt, um durch die Ausfuhr die Devisen zur Beschaffung von Getreide und Fetten zu erlangen. Die für den Verbrauch an Mundzucker unerlässliche Menge bleibt im Inland. Beide Maßnahmen werden eine wesentliche Entlastung des Devisenmarktes herbeiführen.

Zur vorläufigen Festlegung des Kurses der Papiermark und zur demnächstigen Herstellung eines festen Verhältnisses der Papiermark zu einem wertbeständigen Werte hat die Reichsregierung in Ergänzung ihrer bisherigen Entschlüsse folgendes beschlossen:

Alle Vorbereitungen sind getroffen worden, damit die Rentenbank mit der Ausgabe der Rentenmark am 15. November beginnen kann. Von diesem Zeitpunkt ab wird der Bedarf des

Reichs nicht mehr durch neue Herstellung von Papiermark gedeckt werden. Die Papiermarkinfektion wird damit ihr Ende erreichen. Die dann feststehende Menge an Papiermark soll gegen Goldanleihe des Reiches eingelöst werden können. Zu diesem Zweck wird einer besonderen Stelle eine mit Sicherheiten ausgestattete Goldanleihe des Reiches zur Verfügung gestellt werden. Der Kurs, zu dem die Papiermark zurück eingelöst werden soll, wird festgelegt werden unmittelbar nachdem die Rentenbank in Kraft getreten ist. Die in der Rentenbankverordnung vorgezeichnete Möglichkeit der Einlösung von Reichsschulden mit Rentenmark bleibt daneben bestehen. Damit bleibt zugleich die Möglichkeit offen, die Papiermark in Rentenmark einzulösen, sobald die dafür erforderliche Menge an Rentenbankscheinen hergestellt ist.

Lohnabzug und Kurzarbeit.

Da in der letzten Zeit vielfach Zweifel darüber entstanden sind, wie der Lohnabzug bei den Kurzarbeitern vorzunehmen ist, weisen wir darauf hin, daß folgende geschäftliche Regelungen bestehen. Der § 9 der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 lautet folgendermaßen:

Ist der Arbeitnehmer während einer Lohnzahlungsperiode bei einem Arbeitgeber regelmäßig beschäftigt, so wird die Gewährung der für die Lohnzahlungsperiode vorgegebenen Ermäßigungen bis zum Ablauf des Arbeitsverhältnisses nicht dadurch ausgeschlossen, daß er für einen Teil der Lohnzahlungsperiode keinen Lohn bezogen hat.

Neben den Fällen der Krankheit und des Urlaubs findet diese Bestimmung insbesondere auf Kurzarbeit Anwendung. Arbeitet also ein Arbeiter nur an drei Tagen in der Woche, so ist bei seiner Lohnsteuerberechnung gleichwohl der volle Beitrag der Ermäßigungen abzuziehen. Wenn dadurch ein Arbeitnehmer, der nur Kurzarbeit leistet, steuerfrei wird, so ist damit geteilt der Zweck der Ermäßigungsbeiträge beim Lohnabzug erreicht, die die Steuerfreiheit desjenigen Arbeiters ermöglichen sollen, der nur das zum Leben unbedingt Notwendige verdient. Ein Kurzarbeiter wird daher erst steuerpflichtig, wenn er in der Woche vom 4. bis 10. November als Bezüger mehr verdient hat als 323 350 Millionen, als Arbeitnehmer ohne Kinder mehr als 357 120 Millionen. Für jedes Kind tritt dazu ein steuerfreier Betrag von 230 040 Millionen. Ferner ist erneut darauf hinzuweisen, daß nach einer Verfügung des Landesfinanzamts Berlin, Abteilung für Beschäftigung und Verkehrssteuern, vom 4. August 1923 diese Bestimmung auch auf einen teilweisen Arbeitsausfall durch Streik Anwendung zu finden hat. Fällt die Arbeit während einer Lohnzahlungsperiode durch Streik ganz aus, so soll aber der § 9 nur angewendet werden können, wenn der Arbeitgeber damit einverstanden ist. Seit Bestehen der Betriebssteuer dürfte der Arbeitgeber kein Interesse daran haben, seine Zustimmung zu verweigern.

Englische Arbeiterpartei gegen Rheinrepublik

London, 7. November. (EP.) Der Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei hat eine Entschlüsselung angenommen, die die Bestrebungen Frankreichs für das Zustandekommen einer rheinischen Republik verurteilt werden und Belgien beglückwünscht wird, weil es, wenn auch etwas spät, gegen die Separatisten vorgegangen sei, deren Plan dem Versailler Vertrag zuwiderlaufe.

Belgische Abfuhr an Matthes.

Brüssel, 7. November. (EP.) Der belgische Delegierte in der Rheinlandkommission Jacquemyns veröffentlicht eine Erklärung als Antwort auf die Note, die der separatistische Führer Matthes am 2. November erlassen hat. Er schreibt darin, daß Belgien gegen die Separatisten vorgegangen sei, weil diese sich Gewalttätigkeiten zuschulden kommen ließen. Die Belgier, die die Polizeigewalt in Aachen ausübten, seien zum Einschreiten gezwungen worden, da sie sich sonst dem Verdacht ausgesetzt hätten, entweder Rithilfe zu leisten oder eingeleitet zu sein. Jacquemyns lehnte die Einladung Matthes zu Unterhandlungen über die Schaffung eines modus vivendi ab, da die belgische Regierung die Rheinische Republik nie anerkannt habe und darum nicht mit den Führern in Unterhandlungen treten könnte.

„Etolle Belge“ teilt mit, daß der Führer der rheinischen Bewegung in Aachen, Beters, sich gegenwärtig in Malmedy aufhält, wohin er sich geflüchtet habe.

Poincaré erläutert.

Der „Temps“ gibt folgenden Ausschluß über die Erläuterungen, die Reichshofier Dufferand der amerikanischen Regierung auf ihre Rückfragen zu erteilen beauftragt sei: Unter „ausgablicher“ Zahlungsfähigkeit Deutschlands ist jene, die man Deutschland zusprechen könne, „bis es zu einem normalen Zustand zurückgekehrt sei, das heißt (?) bis zum Ende der deutschen Krise“. Dagegen könnten die Zahlungstermine verschoben werden. In der Frage des Ruhrgebietes dürften die Sachverständigen wohl dessen Reichstümer abschätzen, nicht aber das „Recht“ Frankreichs auf die Ruhrbesetzung diskutieren, ebensowenig wie die dortige französische Verwaltung, ihre Abkommen, Maßnahmen usw.

Blutbilanz der Krakauer Unruhen.

Warschau, 7. November. (WZ.) In Krakau ist, nachdem am Dienstag während der Unruhen etwa 30 Personen gestorben und 100 verwundet worden sind, die Ruhe wiederhergestellt. Wojewode Galicki und General Czekel sind wegen Mangels an Voraussicht und Energie ihrer Posten enthoben worden. Der Generalkommandant ist für beendet erklärt worden.

Nach einer III.-Meldung sind dabei drei Offiziere und zwölf Mann des 8. Infanterieregiments gefallen, der Regimentskommandeur schwer verwundet und 64 Mann verletzt.

Der Prozeß gegen den Mörder Worowjks.

Der Prozeß gegen den Mörder Worowjks, Conrad, findet gegenwärtig in Lausanne vor dem Schwurgericht statt. Außer dem französischen Kommunisten Rappoport, auf dessen Todler kürzlich ein Attentat verübt wurde und der als Zeuge ein Buhle auf den Bolschewismus sang, treten fast ausschließlich Entlastungszeugen auf, die die Gewalttaten des Sowjetregimes schildern; darunter eine Richtige des Angeklagten, die aus Rußland nach der Ermordung ihres Vaters durch die Tscheka geflüchtet war. Aus der Bekundung des Oberkellners über eine Äußerung Conrads unmittelbar nach der Tat ging hervor, daß letzterer auch die zwei russischen Begleiter Worowjks hatte erschließen wollen. Gegen Schluß der Verhandlungen mußte der Präsident mit der Räumung des Saales drohen, weil das Publikum in lebhaftestem Händelatschen zugunsten Conrads ausbrach.

Gewerkschaftsbewegung

Die Umstellung auf Goldlöhne.

Das Ende der Papiermark hat jetzt selbst in Arbeitgeberkreisen die Einsicht aufkommen lassen, daß mit der bisherigen Entlohnungsmethode gebrochen werden muß. Es gibt wohl noch einige rückständige, von kurzfristiger und selbstmörderischer Gewinnsucht geleitete Unternehmergruppen, die den Papiermarkschwund bei der Entlohnung, der unsere gesamte Wirtschaft in den Abgrund gestürzt hat, noch einige Zeit betreiben möchten. Diese Schädlinge am Körper unserer Volkswirtschaft haben noch immer nicht begriffen, daß die furchtbare Krise im Inland und der Rückgang des Ausführungsstandes zurückzuführen ist auf die Aushöhung der Kaufkraft der deutschen Verbraucher in Folge der Zahlung der Beamten, Angestellten, Arbeiter wie der Mittelschichten in Papiermark. Aber es gibt auch einsichtiger Unternehmer in Deutschland. So haben wir jetzt bereits in einer Reihe von Berufen Lohnabkommen auf Goldbasis. In zwei Berufen, im Versicherungsgewerbe und in der Schuhindustrie, haben wir bereits Reichstarife auf Goldbasis. Der am 2. November in Frankfurt a. M. abgeschlossene Reichstarif der Schuhindustrie, der sich auf etwa 1500 Betriebe mit über 100 000 Beschäftigten erstreckt, verdient besondere Beachtung. Dr. Adolf Schid, der Syndikus der Unternehmerverbände der Schuh- und Lederwarenindustrie, schreibt darüber im „Berliner Tageblatt“, Morgenausgabe vom 7. November:

Die Erfahrungen, die mit dem Indexlohn gemacht worden sind, waren die denkbar schlechtesten, sowohl vom Arbeitgeber- wie vom Arbeitnehmerstandpunkt aus. Die Arbeitnehmer beklagten sich mit Recht, daß in den meisten Fällen der Indexlohn, selbst wenn er im Zeitpunkt der Festsetzung des Lohnes angemessen war, sich auf ganz geringe Beträge, in Gold gerechnet, verminderte bis zu dem Zeitpunkt, wo er zur Auszahlung gelangte bzw. verausgabt werden mußte. Von einer Stabilität des Indexlohnes war nicht im entferntesten zu sprechen, auch nicht, als man versuchte, durch zweimalige Lohnzahlungen und durch Einführung eines Entwertungsfaktors die bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen. Eine Kalkulation auf Grund des Indexlohnes war kaum möglich. Wohngeldende Kreise der Schuhindustrie haben daher seit langem die Einführung des Goldlohnes verfochten, um die Kaufkraft der Bevölkerung wieder herzustellen und endlich wieder eine Kalkulation auf sicherer Grundlage, soweit dies heute möglich ist, zu schaffen. Besondere wurde ein Mindeststundenlohn von 70 Goldpfennigen unter Hinweis auf die eingetretene Werteverminderung gegenüber einem Mindeststundenlohn in Ortsklasse I von 40 Pfennigen vor dem Kriege, der allerdings während des Krieges auf 67 Pfennig angezogen war. Die Arbeitgeber hielten demgegenüber einen Goldlohn von 40 Pfennigen in Ortsklasse I für angemessen, ohne sich dabei zu vergehen, daß die Praxis die Tragbarkeit auch dieses Satzes für die deutsche Schuhindustrie erst noch erweisen muß. Man kam der Arbeitnehmerseite dadurch entgegen, daß man einen 20proz. Zuschlag für denjenigen Teil des Lohnes einführt, der nicht in wertbeständigen Zahlungsmitteln, also in Papiermark, gezahlt werden muß.

Wertbeständige Zahlungsmittel werden zu dem letzten vor dem Tage der tatsächlichen Zahlung an der Berliner Börse amtlich notierten Kurse angesetzt. Wertbeständige Zahlungsmittel, für die an der Berliner Börse keine amtliche Notierung erfolgt, werden zu einem mit der geschäftlichen Betriebsunterbrechung jeweils zu vereinbarenden Kurse angesetzt. Soweit die Zahlung in Papiermark vorgenommen wird, erfolgt die Umrechnung des Goldmarkbetrages zu dem letzten vor dem Tage der tatsächlichen Zahlung an der Berliner Börse amtlich notierten Dollarkurs (1 Dollar gleich 4,20 Goldmark). Naturalien werden zu dem Festsetzungspreis in Goldmark angesetzt. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, von ihm in Zahlung gegebene wertbeständige Zahlungsmittel auf Verlangen des Arbeitnehmers zu dem letzten vor dem Tage der Rücknahme an der Berliner Börse amtlich notierten Kurse zurückzunehmen.

Das vorstehende Abkommen, das — wie man sieht — die Zahlungen in wertbeständigen Zahlungsmitteln, und zwar in jeder denkbaren möglichen Form, auch in Antzinsen usw., in den Vordergrund rückt, ist geeignet, die Schwierigkeiten, die die Einführung der Goldlöhne zweifellos in lohnrechtlicher Hinsicht mit sich bringt, auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die Praxis wird erweisen, ob der Goldlohn in der angelegten Höhe für die Schuhindustrie sich als tragbar erweist oder ob eine Revision eintreten muß. Das Abkommen ist mit einwöchiger Frist zu Ende einer jeden Woche kündbar. Die Parteien waren sich darüber einig, daß sie zu einer Ueberprüfung der Goldlöhne erneut zusammentreten, wenn die in Goldmark errechneten Lebenshaltungskosten eine wesentliche Erhöhung oder Ermäßigung erfahren sollten.

Am gleichen Tage wurde auch der Reichstarifvertrag für die technischen Angestellten (Weister) der Hausindustrie auf derselben Grundlage auf Goldmark umgestellt mit der Maßgabe, daß das Mindestgehalt für einen Obermeister in Ortsklasse I 132 Goldmark im Monat beträgt, zuzüglich des 20proz. Zuschlags für den in Papiermark auszahlenden Gehaltsteil.

Es wäre zu wünschen, daß die Einführung des Goldlohnes für alle Wirtschaftsgruppen, für die er zurzeit tragbar ist, baldigst auf ähnlicher Grundlage zur Tatsache würde, denn nur dann steht zu hoffen, daß durch die Wiederbelebung der Kaufkraft der Motor der Wirtschaft erneut angekurbelt wird. Zweifellos bedeutet das neue Abkommen für die Arbeitgeber der seit Jahresfrist schwer notleidenden Schuhindustrie eine außerordentliche Belastungsprobe und große finanzielle Opfer, deren viele, insbesondere kleine Betriebe, nicht fähig sein werden. Wenn die verantwortlichen Führer der Schuhindustrie trotzdem den Schritt der Einführung des Goldlohnes tun, so getragen von der Verantwortung für die Rettung unserer Einheit und Wirtschaft, denen sich alle übrigen Wirtschaftsgruppen in gleicher Weise bewußt sein sollten.

Soweit Herr Dr. Schid. Wir empfehlen dieses Abkommen der besonderen Beachtung aller gewerkschaftlichen Vertreter, die jetzt mit den Unternehmern in Unterhandlungen über die Einführung des Goldlohnes sich befinden. Wir möchten sie ganz besonders auf die Bestimmung hinweisen, daß alle wertbeständigen Zahlungsmittel, also sowohl Goldanleihe wie Dollarobligationen, Rentenmark usw., umzurechnen sind nach dem amtlichen Dollarkurs. Die jetzt geschlossenen oder noch zu schaffenden „wertbeständigen Zahlungsmittel“ sind also nur unter dem Vorbehalt bei allen Lohnabkommen zu berücksichtigen, daß sie auf Grund des Dollarkurses zur Berechnung kommen. Auf keinen Fall darf ein Lohnabkommen getroffen werden, das auf Rentenmark, Goldanleihe usw. lautet. Nicht allein deshalb, weil keinerlei Garantie gegeben ist, daß diese Zahlungsmittel auch wertbeständig bleiben, sondern vor allem deshalb, um ihre Wertbeständigkeit möglichst zu schützen. Werden Löhne auf Grund der Rentenmark vereinbart, ohne Rücksicht auf die eventuellen Schwankungen ihrer Kaufkraft, dann kann man mit Bestimmtheit erwarten, daß binnen kurzer Frist die Spekulation einsetzt und mit der Rentenmark dasselbe Spiel zu wiederholen versucht, das sie mit der Papiermark getrieben hat.

Zweitens empfehlen wir, daß bei Lohnverhandlungen als Maßstab die Lebenshaltungskosten genommen werden. Das heißt, daß die durch die Reichsindexziffer festgestellten Kosten des Existenzminimums am Stichtage in Gold umzurechnen sind und danach die Lohnhöhe zu vereinbaren ist.

Dieses Verfahren, das in anderen Ländern, insbesondere in England, angewandt wird — dort natürlich auf Grund einer stabilen Währung — hat gewiß keine Nachteile für die Arbeiterschaft. Es erschwert ihren Kampf, um über das Existenzminimum hinauszukommen. Andererseits bietet es ihr die Garantie dieses Existenzminimums. Unter den augenblicklichen Verhältnissen in Deutschland wäre damit schon viel gewonnen. Ob und wie weit das durch das Reichsstatistische Amt errechnete Existenzminimum ausreichend ist, darüber wäre noch zu reden. Jedenfalls ist zu verlangen, daß die am Montag festgestellten Lebenshaltungskosten künftig in Goldmark veröffentlicht werden.

Die seitherige Form der Veröffentlichung hat jeden Sinn und auch jeden praktischen Wert verloren. Es ist sinnlos, uns zu sagen, daß am letzten Montag die Lebenshaltungskosten im Verhältnis zu Juli 1914 auf das rund 100-milliardefache — in Papiermark — gestiegen sind, wenn nicht hinzugefügt wird, wieviel das Existenzminimum in Goldmark ausmacht und wie die Veränderung seit 1914 sich in Goldmark ausdrückt. Nachdem die Papiermark auch für die Reichsbetriebe, ja sogar für das Reichsfinanzministerium aufgehört hat, ein Wertmesser zu sein, wäre es nachgerade Zeit, daß auch das Reichsstatistische Amt sich dem allgemeinen Mißbrauch der Goldmarkrechnung anschließt.

Achtung! Achtung!

Arbeitslose Parteigenossen und -genossinnen

Freitag, den 9. November, nachmittags 1½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24 (großer Saal):

Versammlung

Tagesordnung:

1. „Die Arbeitslosen und der 9. November“
Referent: Genosse Künstler, R. d. R.
 2. Aussprache.
- Kein Eintrittsgeld, kein Trinkschwanz. — Ohne Mitgliedsbuch der D.S.P.D. kein Zutritt. Der Bezirksvorstand.

Die Musikinstrumentenfabrikanten provozieren.

Der Marktzug hat die Arbeiterschaft an den Rand des Ruins gebracht, jedoch die Berliner Musikinstrumentenfabrikanten zu Dollarmillionären gemacht. Diese Periode des Profit-einheimens münchens diese Herrschaften als Dauerzustand. Gemessen an den Riesengewinnen hat man die Arbeiterschaft mit Beihilfen abgestempelt, und zurzeit, wo die Papiermark in den Abgrund gestürzt ist, möchte man auch die Arbeitnehmer dorthin befördern.

Schon wiederholt hat der Holzarbeiterverband wertbeständige Löhne gefordert, jedoch sind diese unter allen möglichen Vorwänden und nicht zuletzt auch von den Schlichtungsstellen abgelehnt worden, was den Herrschaften ganz besonders das Rückgrat geknickt hat. Die letzte am 6. d. M. zur Verhandlung gestellte Forderung, die Lohnberechnung auf der Goldbasis unter Zugrundelegung von 0,80 Goldmark vorzunehmen, wiesen die Herren gleichfalls zurück, da die Zeit für eine solche Berechnungsform nach ihrer Meinung „noch nicht gekommen sei“. Sie machen die Regierung für das Verzögern verantwortlich, da sie noch nicht wertbeständige Zahlungsmittel herausgegeben habe.

Die wahren Gründe sind jedoch andere, nämlich weiter Kapital mit Hilfe der Papiermark aus den Arbeiterknäueln herauszuschlagen. Das lehnt die Arbeiterschaft ab. Wenn sich diese Kapitalisten nicht darauf besinnen, daß auch der Arbeiter ein Recht zum Leben hat, wird man es ihnen recht laut in die Ohren schreien. Die Funktionäre der Musikinstrumentenindustrie werden heute abend zu dem Verhalten der Arbeiter Stellung nehmen, und die Organisation wird die Schritte vorbereiten, die zur Durchführung der gerechten Forderung notwendig sind.

Für die kaufmännischen Angestellten. Im Zeitungs-gewerbe hat der Arbeitgeberverband angewiesen, daß sofort 1 bis 1½ Oktobergehälter als Monatszahlung für November 1923 geleistet werden. In der Briefumschlagbranche wurde vereinbart, daß sofort zwei Oktobergehälter und am Sonntag ein Oktobergehalt à conto November gezahlt werden. In der Metallindustrie wurde vom I.M. Metallarbeiter beim I.M.M. eine weitere Monatszahlung für November in Höhe von 30 Goldmark gefordert, welche am Freitag dieser Woche zur Auszahlung gebracht werden sollte. Der I.M.M. hat daraufhin mitgeteilt, daß er beschloss habe — also wiederum einseitig —, am Freitag, den 9. resp. Sonnabend den 10. November 400 September-Bruttolöhner zu zahlen. Am Dienstag nächster Woche soll eine weitere Zahlung erfolgen, worüber Verhandlungen am Sonntag dieser Woche stattfinden. In der Buchdruck- und Buchbindereibranche führten die Verhandlungen am Mittwoch über die Monatszahlungen für November zu keinem Ergebnis, insbesondere die Buchbindereibetriebe bewiesen ihre ganze Schädlichkeit dadurch, daß sie nicht zu bewegen waren, über eine Monatszahlung von insgesamt zwei Oktobergehältern hinauszugehen. Der Schlichtungsausschuss ist angerufen. Der endgültige Tarifvertrag im Gewerkschaftsgewerbe für den Monat Oktober ist im Verbandsbureau des Z.M. zu haben. Am 7. November sind 500 Septembergehälter und am 12. November 600 Septembergehälter zur Auszahlung zu bringen. Mit dem Arbeitgeberverband in der Getränkeindustrie wurden für den Monat Oktober 400 Septembergehälter vereinbart. Für den Monat November sind sofort 800 Septembergehälter und bis zum 13. November weitere 600 Septembergehälter zu zahlen. Im Kohlen- und Holzhandel erhalten die Angestellten für diese Woche 800 Septembergehälter à conto. Die Angestellten der Abzählungsbranche ist das Oktoberabkommen bis auf weiteres verlängert worden. Die wöchentliche Auszahlung erfolgt nach dem Index.

Lohnabkommen der Töpfer. Die in der gestrigen Morgennummer veröffentlichten Löhne vom 4.—10. November sind endgültig abgeschlossen. Der Stundenlohn für Ofenheizer beträgt 100 Milliarden Mark. Der Multiplikator bei Herdarbeiten beträgt 100 Milliarden. Träger auf Baustellen erhalten den Beselbstundenlohn. Hilfsarbeiter von 14—16, 16—18, 18—21 und über 21 Jahre 25, 33½, 45 und 55 Proz. des Beselbstundenlohnes. Die beschlossene Agitationssammlung, zu welcher auch Nichtmitglieder des Verbandes Zutritt haben, findet am Montag statt. Siehe Vereinskalender. In dieser Versammlung sollen auch Beklämme über wertbeständige beim Goldlöhne geklärt werden.

Vorgruppe des Töpfer im Deutschen Bauergewerksbund. Wahlversammlung am Montag abend 8 Uhr im Saal 1 des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: 1. Wahl Delegationen für die Landes- und Reichsversammlungen. 2. Ueber den Kampf für die Kaufkraft des Lohnes. 3. Bericht über die Arbeit der Vorgruppe. 4. Bericht über die Arbeit der Vorgruppe. 5. Bericht über die Arbeit der Vorgruppe.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Heute nachmittags 5 Uhr Versammlung der Vorgruppe für die Gelanterwaren- und Holzwarenindustrie im Bibliotheksaal, Engelauer 24—26, 2. Stockwerk, rechts. Tagesordnung: 1. Bericht über die Arbeit der Vorgruppe. 2. Bericht über die Arbeit der Vorgruppe. 3. Bericht über die Arbeit der Vorgruppe. 4. Bericht über die Arbeit der Vorgruppe. 5. Bericht über die Arbeit der Vorgruppe.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 — 1)

Durchschnitt Mai	3 816
„ Juni	7 650
„ Juli	37 651
„ August	586 045
„ September	15 000 000
„ Oktober	3 260 000 000
3. September	1 845 261
10. „	5 051 046
17. „	14 244 900
24. „	28 000 000
1. Oktober	40 400 000
8. „	109 100 000
15. „	691 900 000
22. „	3 045 000 000
29. „	13 671 000 000
5. November	98 500 000 000

Steigerung gegen die Vorwoche 670,5 Proz.

Diese Steigerung der Lebenshaltungskosten ist die bei weitem stärkste, die je verzeichnet worden ist. Sie stellt nicht allein einen deutschen, sondern einen internationalen Rekord auf. In ihr kommt — und nicht einmal vollkommen — das Emporschnellen des Dollars von 65 auf 420 Milliarden zum Ausdruck, das vornehmlich auf die von den Reichsradikalen angezeigte, durch die Schwachmütigkeit der bürgerlichen Regierungskreise verschärfte innere Krise zurückzuführen ist. Inzwischen ist auch die Papiermark ausgedrückt Steigerung der Lebenshaltungskosten durch die Hinaufreibung der Goldmarkpreise und die weitere Entwertung der Papiermark überholt. Das mindeste, was vom Reichsstatistischen Amt zu verlangen wäre, ist der Bruch mit den Nullen und die Veröffentlichung der Indexzahlen in Gold. Die Nullenrechnung ist nicht allein eine Zeitvergebung, sie ist auch völlig wertlos. Kein Käufhändler rechnet mehr in Papiermark. Nachdem man nun endlich auch bei Lohnverhandlungen dazu übergegangen ist, in Goldmark zu rechnen, müssen die Indexziffern, wenn sie anders nicht wie die Papiermark außer Kurs gesetzt sein wollen, in Goldmark veröffentlicht werden, wie das bereits bei den Großhandelspreisen geschieht.

Die Tenierung im Großhandel.

Die auf den Stichtag des 6. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt in Papiermark bei dem amtlichen Dollarkurs von 420 Milliarden Mark das 129-milliardefache der Friedenspreise und ist gegenüber dem Stande vom 30. Oktober um 591,2 Proz. gestiegen. Das Goldniveau der Großhandelsindexziffer (1913 = 100) hat sich in der gleichen Zeit von 120,5 auf 129 oder um 7,1 Proz. gehoben. Von den Hauptgruppen steigen die Lebensmittel um 624,5 Proz., auf das 113-milliardefache, davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln um 704,5 Proz., auf das 99,7-milliardefache, die Indufriestoffe um 550,8 Proz., auf das 157,8-milliardefache, davon die Gruppe Kohle und Eisen um 549 Proz., auf das 161,7-milliardefache, ferner die Einfuhrwaren um 560,6 Proz., auf das 155,8-milliardefache und die Inlandswaren um 599,3 Proz., auf das 123,6-milliardefache.

Im Monatsdurchschnitt Oktober (unter Berücksichtigung aller während des Monats getätigten Preisnotierungen) hat sich das Niveau der Großhandelspreise in Papiermark um 23 525 Proz., auf das 7,1-milliardefache des Friedensstandes und in Goldmark (1913 = 100) von 101,7 im Durchschnitt September auf 117,9 oder um 15,9 Proz. im Durchschnitt Oktober gehoben.

Der Druck des Rentengeldes hat bereits seit einiger Zeit begonnen. Nach amtlicher Mitteilung war die erste Menge Rentenbankheime am 30. Oktober fertiggestellt, und zwar wurde damals der zunächst kleine Betrag von 150 000 M. erreicht. Am 31. Oktober war er auf 450 000 M., am 1. November auf 2 950 000 M., am 5. November auf 17 750 000 M. gestiegen. Am 12. November werden 105 Millionen Rentenmark fertiggestellt sein, bis zum 15. November wird der Betrag der hergestellten Rentenbankheime auf 243 Millionen Mark steigen. Die Prägung der Rentenpfennige wird noch in dieser Woche beginnen. Der Tag, an dem das Rentengeld herauskommen wird, läßt sich noch nicht mit Sicherheit angeben, weil eine sorgsame Verteilung über das ganze Reich vorausgehen muß; man darf aber darauf rechnen, daß die Rentenmark und der Rentenpfennig sehr bald in die Hauptkanäle des Zahlungsverkehrs einbringen und dem Verkehr zur Verfügung stehen werden. An dem gleichen Tage, an dem mit der Herausgabe der Rentenmark begonnen wird, hört entsprechend den Bestimmungen über die Rentenbank die Inanspruchnahme der Reichsbank durch Diskontierung von Reichsschatwechseln auf, mit der weittragenden praktischen Bedeutung, daß die Inflationsquelle verstopft und die Tätigkeit der Notenpresse stillgelegt wird.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend legt jetzt ihren Abschluß für das Geschäftsjahr 1922/23 vor, der zahlenmäßig die infolge der Inflation stark ausgedehnten Umsatzziffern zeigt, ohne daß diese einen Anhaltspunkt für die tatsächliche Entwicklung des Genossenschaftswesens geben könnten. Im ganzen jedoch zeigt sich an Hand der übrigen Angaben, daß auch im letzten Jahr zur Erstarbung der jetzt doppelt notwendigen Selbsthilfe der Verbraucher gute Arbeit geleistet worden ist. Die Zahl der Mitglieder ist von 139 362 auf 163 688 gestiegen, die Zahl der Angestellten von 2562 auf 2655. Die Warenverteilung hat auf wichtigen Gebieten sehr erheblich zugenommen. So ist der Mehrverbrauch der Bäckereibetriebe gegen das Vorjahr um 32,8 Proz. gestiegen. Auch an Eiern konnte die Genossenschaft mehr auf den Markt bringen als vorher. Auch die Genossenschaften litten unter den Begleiterscheinungen der Geldwertungsverfallung. Bei der gewaltigen Bedeutung, die gerade jetzt dem genossenschaftlichen Gedanken beizumessen ist, werden wir auf die Ergebnisse des letzten Geschäftsjahres noch ausführlicher zurückkommen.

Devisenkurse. Innerer gestriger Kurstafel sind noch nachzutragen: 1 finnische Mark 16 957 Millionen Geld, 17 043 Millionen Brief; 1 japanischer Yen 305 235 Millionen Geld, 306 785 Millionen Brief; 1 französischer Franc 35 910 Millionen Geld, 36 090 Mill. Brief; 1 brasilianischer Milreis 55 890 Mill. Geld, 56 140 Mill. Brief; 1 Schweizer Franken 111 720 Millionen Geld, 112 280 Mill. Brief; 1 spanische Peseta 83 790 Millionen Geld, 84 210 Millionen Brief; 1 österreichische Krone 9 977 Millionen Geld, 9 923 Millionen Brief; 1 tschechische Krone 18 354 Millionen Geld, 18 446 Millionen Brief; 1 ungarische Krone 83 015 Millionen Geld, 84 085 Millionen Brief; 1 bulgarische Leva 5 785 Millionen Geld, 5 815 Millionen Brief; 1 jugoslawischer Dinar 7 381 Millionen Geld, 7 419 Mill. Brief.

Briefkasten der Redaktion.

B. M. 1887. Auskunft gibt der Arbeiter-Sängerbund, R.D. 16, Straußberger Str. 43.
Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Viktor Gaternow; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Sozialpolitik: Dr. John Schifano; Soziale und sonstige: Fritz Rapp; Angelegen: Th. Glöck; (amtlich in Berlin). Verlag: Bornbrun-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornbrun-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 2, Seite 1 Beilage.

Ruhe in Berlin.

Fordauer der antisemitischen Ausschreitungen.

Die vom Kommando der Schuppolizei durchgeführten Maßnahmen haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Im großen und ganzen haben die Plünderungen in der ganzen Stadt erheblich nachgelassen.

Als ich am Dienstag von der Arbeit nach Hause ging, wurde ich in der Schönhauser Allee von einem Manne in der unverschämtesten Weise angegriffen. Zur Rede gestellt, nahm er eine drohende Haltung ein und erklärte: „Halt's Maul, dreißiger Judenjunge.“

Prozess Naujork.

Der Raubüberfall auf den Kunsthändler Münz.

Ein aufsehenerregender Raubüberfall wird in zweitägiger Verhandlung am Mittwoch und Donnerstag des Schwurgerichts III beschuldigt. Unter der Anklage des verurteilten gemein-schaftlichen schweren Raubers haben sich zu verantworten der Kaufmann Rolf Naujork, dessen Ehefrau Elisabeth Naujork geb. Hoffe und der Landwirt Paul Haffe, der Bruder der Frau Naujork.

Naujork hatte sich heimlich verheiratet und lebte anfänglich mit seiner Frau auf großem Fuße. Bald ging aber das Geld aus, und nun reiste in dem jungen Ehepaare der verbrecherische Plan, sich durch einen Raubzug neue Geldmittel zum künftigen Leben zu schaffen.

der Angeklagten wird daher in der Verhandlung eine große Rolle spielen. Es ist ein ganzes Heer von Sachverständigen aufgebieten worden.

Ein Brot 105 Milliarden.

Ist das nun Wucher?

Mit Zustimmung der zuständigen Behörde ist, wie der Zweckverband der Bäckermeister Groß-Berlins mitteilt, von heute Donnerstag ab der Preis für ein Brot auf 105 Milliarden, der Preis für eine Schrippe auf 4,5 Milliarden festgesetzt worden.

Von gutunterrichteter Seite schreibt man uns: „Die gestrige Brotpreisberechnung, aus der sich ergab, daß der Kleinhandelspreis beim Bäckermeister am Montag nicht 140, sondern 64,1 Milliarden betragen dürfte, war berechnet auf der Basis eines Roggenpreises von 20 Goldmark am Sonnabend.“

Die vorliegenden Ausführungen sind durch die neueste Dollarsteigerung überholt. Trotzdem muß ein Brotpreis von 105 Milliarden als eine skandalöse Ueberschätzung bezeichnet werden, und es ist völlig unverständlich, wie die Preisprüfungsstelle dazu ihre Genehmigung erteilen kann.

Der magere Fahrradverwalter.

Eine Warnung für alle Fahrradbesitzer.

Mit einem neuen Trick „arbeitet“ ein Schwindler, der es auf Fahrräder abgesehen hat. Er stellt sich im Schalterraum eines Postamtes auf und hält Leute an, die dort mit einem Fahrrad erscheinen. Diesen erklärt er, es sei verboten, sich mit einem Fahrrad im Schalterraum aufzuhalten.

Neue Kohlen- und Gaspreise.

Das Kohlenamt der Stadt Berlin teilt mit: Nach dem amtlichen Dollarkurs vom 7. d. M. stellen sich die Briten- und Kokspreise ab 8. d. M. wie folgt: Röhren- und Ofenbrandkoks ab Lager 309,900, frei Keller 320,400 Milliarden.

Das zweite Abenteuer des schwedischen Professors.

Vor kurzem berichteten wir über eine Erpressungsaffäre, deren Opfer der schwedische Universitätsprofessor Dr. Hellström aus Uppsala war. Dieser Vorfall hatte vor der Strafkammer seine Schöne gefunden.

Drohungen von dem Schweden Geld gefordert und diesen dabei mit einem Schlagring bedroht haben. Der Angeklagte bestritt das. Rechtsanwält Dr. Roth fand es unverständlich, daß überhaupt eine Anklage wegen räuberischer Erpressung erhoben worden sei.

Wohnungen in Sicht!

Die Wohnungsämter richten zurecht ihr Augenmerk scharf auf Läden, um aus ihnen Wohnraum zu gewinnen. In der kürzlich erschienenen Schrift „Wie arbeitet das Wohnungsamt?“, wird hierzu von den Verfassern, Magistratsrat Körner und Dr. Margarete Hoffmann, gesagt: Das Recht der Inanspruchnahme gewerblicher Räume ist denkbar weit gezogen.

Merten, Tropske und Troll.

Dieses Triolum stellt den Rücktritt in unserem Berliner Schulwesen dar. Alle drei sind Schulmänner und üben in der Schuldeputation in Gemeinschaft mit Lehrern und Gelehrten einen immer unheilvoller werdenden Einfluß auf unser Schulwesen aus.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofoffischer.

Roman von Johan Bojer.

Kristaver begrüßte diesen und jenen Bekannten, elkte dann aber weiter. Er gehörte zu den Männern, nach denen die Leute sich umdrehten. Der kräftige Mann in seinem Friesanzug hatte einen so leichten Gang, der kurze rote Bart und das lockige blonde Haar hatten noch keinen grauen Streifen.

Aber in diesem Jahre hatte er seinen Jungen mit, und wenn er den Bengel recht kannte, so hatte der zwei Augen, die genau acht auf das gaben, was sein Vater tat. Er konnte Lars übrigens nie recht zu fassen kriegen. Es war, als gehe der Junge um ihn herum und beobachte und prüfe und überlege, ob der Vater wirklich so ein Mann sei, daß es sich lohnte, denselben Weg zu gehen wie er.

Kristaver war mit Edvind Hansen zusammengestoßen, einem guten Freunde aus dem hohen Norden, aus Baranger, und der Mann stand mit dem roten, bartlosen Gesicht vor ihm und lachte, und Kristaver mußte ihm die Hand hinstrecken und auch lachen. Sie waren seit dreißig Wintern hier zusammengetroffen. Kristaver hatte den anderen in einer Sturmnacht vom Kiel eines gefenterten Bootes geborgen, und Edvind Hansen hatte das Messer gezogen und Kristaver gerettet, als betrunkenen Matrosen ihn bei einem Auflauf tolschlagen wollten.

„Es geht dir also gut?“

„Angenehmlich gut,“ sagte der Nordländer. „Aber weißt du schon...“

„Ach, sollen wir jetzt schon visitiert werden?“

„Ja, weiß Gott, jetzt wird es sich zeigen, ob du deine Sache kannst, Kristaver.“

Der Kommandant war der Leiter des Aufsichtswesens, und wenn es auf dem Lofot überhaupt einen Gott gab, so mußte es dieser Mann sein. Es war keine Kleinigkeit, wenn er an einem Fischerplatz eintraf. Sein Dampfer führte die königliche Splittflagge, die Leute wußten, daß er draußen in der Welt Kriege mitgemacht und noch Augen im Leibe hatte.

Edvind Hansen nahm Kristaver mit in eine Kneipe, und hier blieben sie bei einer Tasse Kaffee sitzen und plauderten. Sie schwatzten und erzählten von zu Hause. Und der Nordländer hatte schon soviel von Maria und Tosten und Oluf gehört, daß er nach ihnen fragte, als lenne er sie aus- und inwendig. Und Kristaver fragte nach Frau und Kindern des anderen, und er kannte sie ebensogut, obwohl so viele Meilen zwischen ihnen lagen.

„Rein, das ist doch nicht möglich!“ Kristaver starrte ihn an.

„Rein, das ist doch nicht möglich!“ Kristaver starrte ihn an. Leider, es war wirklich so. Und der einen Witwe gehörte das halbe Boot, auf dem er Führer war; deshalb konnte sie zu Hause sitzen und litt keine Not. Sie bekam den dritten Teil des ganzen Fanges. Und darüber war er sehr froh.

„Und die andere?“

„Die andere, — ja, die hatte nichts in der Welt, wovon sie leben konnte, nicht einmal eine Hütte auf einer Klippe, und deshalb hatte er sie und ihre vier Kinder zu sich genommen, ehe er jetzt abgefahren war.“

„Ja, aber du hast doch selber eine Frau und sechs Kinder und auch nur eine Hütte auf einem Felsen.“

„Ja, gewiß, es war ja kein großer Reichtum, und Blah war auch nicht sehr viel da, eins der Kinder mußte unter der Küchenbank liegen, aber sonst ging es wie geschmiert. Ein

Bruder ist etwas Wertwürdiges, und für einen, der tot ist, ist es schwerer, Weib und Kinder zu versorgen, als für einen, der lebt. Ja, so war es. Man durfte nicht locker lassen und mußte vertrauen.

„Und du, — du hast ja wohl deinen Sohn mit in diesem Jahr, habe ich gehört.“

Als Kristaver endlich wieder zwischen den Häuserreihen weiterreiste, kam Per Suzansa ihm entgegen.

„Weißt du es schon,“ sagte er, „der Jakob hat gewettet, er wolle heute abend auf der Straße dem Kommandanten einen Schnaps spendieren.“

„Haha, Teufel auch! Das möchte ich wohl mit ansehen!“

„Das wird um sieben Uhr geschehen. Da ist der Kommandant beim Platkönig eingeladen, und der Jakob will ihm aufauern. Hahaha! Nein, dieser Jakob! Das ist ein Mordsterk!“

Kristaver lachte schallend und eiste weiter. Und er sah allen, denen er begegnete, an, daß die Neugierde von Jakob sie hin und her trieb. Selbst der Uhrnjude Rosos trippelte geschäftig einher, das lockige schwarze Haar unter der Pelzmütze, die Hände tief in den Taschen des braunen Ueberziehers. „Neugierde... große Neugierde... der Jakob! Ach Gott, haben Sie schon gehört?“

Im Kaufmannsladen beim Platkönig drängten sich die Fischer. Sie kauten Tabak und spuckten und erzählten sich Neuigkeiten, aber tauschten keine Worte, sie hatten ja noch keinen Pfennig verdient. Aber es war auch ein heimlicher Krieg zwischen den Fischern und dem Mann auf der anderen Seite des Ladentisches. Der Ladengehilfe in den hohen Stiefeln und der blauen Lederjacke stand mit der Elle in der Hand vor dem Fenster und schaute hinaus, aber es war nichts zu machen. Der Hausherr selber kam dann und wann aus dem Kontor heraus und tat, als suche er etwas in diesem oder jenem Regal, aber die Fischer im Laden waren Luft für ihn. Er war ein graubaariger, bieder, alter Mann mit rotem, runzligen Gesicht und gelblichen Augen, die er zusammenkniff, wenn er irgend etwas sehen wollte. Die Zeiten waren vorüber, da Hüte und Südwester von den Köpfen flogen, wenn er sich nur zeigte. Früher einmal war er wirklich etwas wie ein König hier gewesen, damals, als kein Fischer seinen Fang an einen andern als an ihn verkaufen durfte, — als er selber den Preis bestimmte, als ihm alle Hütten gehörten und er die Abgabe nehmen konnte, die ihn selber gut diente.

(Fortsetzung folgt.)

